

## Die Helmpflicht nicht ignorieren

In Österreich ist die gesetzliche Lage der Helmpflicht für Minderjährige unübersichtlich, weil die Landesgesetzgeber eigene Stüppchen kochen können. Grundsätzlich gilt beim Radfahren eine Helmpflicht für Kinder bis zwölf Jahre, auch wenn sie auf einem Fahrrad im Kindersturz oder im Fahrradanhänger mitgeführt werden. In Niederösterreich gibt es eine Helmpflicht bis 15 Jahre, aber nur abseits von öffentlichen Straßen. Ski-helmpflicht gilt außer in Tirol und Vorarlberg bis zum 15. Lebensjahr. Kontrollen der Helmpflicht und Strafen gibt es nicht. Aber Versicherungen könnten sich bei einem Unfall weigern, die Unfallkosten zu übernehmen. Sportlich ambitioniertes Radfahren ohne Helm kann bei einem Unfall ein Mitschuldigen begründen. BILD: SHOTFOOTIA



# Welche Rechte und Ansprüche haben Opfer von Verbrechen?

Phishing-E-Mails, Lösegeld-Trojaner, Erpressungen mit Sexvideos: Jeder kann Opfer von Kriminalität werden. Wie man sich nach der Tat richtig verhält, wissen indes nur wenige.

STEPHAN KLIEBSTEIN

Der Umgang mit Opfern und Angehörigen gehört zu den heikelsten und diffizilsten Aufgaben von Richtern. Oft herrscht große Verwirrung: Warum wurde das Ermittlungsverfahren gegen den Täter eingestellt? Wie stelle ich einen Fortsetzungsantrag? Was ist ein Privatbeteiligtenanschluss? Die SN listen auf, was man über den Opfer-schutz wissen sollte.

### 1. Wie soll ich mich als Opfer einer Straftat verhalten?

Zunächst sollte möglichst rasch Anzeige bei der Polizei erstattet werden, denn kurz nach der Tat ist die Erinnerung besonders frisch. Wer will, kann einen Anwalt hinzuziehen, der eine schriftliche Sachverhaltsdarstellung an die Polizei oder an die Staatsanwaltschaft übermittelt. Gerade bei komplexeren Angelegenheiten empfiehlt es sich, einen Rechtsbeistand zu konsultieren. Verletzungen sollten sofort von einem Arzt dokumentiert werden, es handelt sich dabei um einen wichtigen Beweis für den Zuspruch von Schmerzensgeld.

### 2. Was bedeutet die Einstellung des Verfahrens?

Im Ermittlungsverfahren hat die Staatsanwaltschaft unter bestimmten Umständen von der Verfolgung einer Straftat abzusehen und das Verfahren einzustellen, etwa weil sich ein Anfangsverdacht nicht konkretisiert hat und mit einer gerichtlichen Verurteilung nicht gerechnet werden kann. Von der Einstellung des Verfahrens ist auch das Opfer zu verständigen und darüber zu informieren, dass es einen An-

trag auf Fortführung stellen oder eine Begründung verlangen kann, weshalb das Strafverfahren gegen den Verdächtigen eingestellt wurde.

### 3. Wann kommt es zu einem Privatbeteiligtenanschluss?

Bei den meisten Delikten im Strafrecht handelt es sich um Offizialdelikte, also um strafbare Handlungen, die der Staatsanwalt von Amts wegen verfolgen muss. Ein Opfer, das am Körper verletzt oder im Vermögen geschädigt wurde, kann sich dem Strafverfahren gegen den Täter als Privatbeteiligter anschließen, um auf diese Weise privatrechtliche Ansprüche, insbesondere Schadenersatz und Schmerzensgeld, geltend zu machen. Zu beachten ist, dass die Ansprüche hinreichend konkretisiert, beziffert und auch nachgewiesen werden müssen.

Wird der Täter verurteilt, muss er auch die Kosten für die anwaltliche Vertretung ersetzen. Der Vorteil eines Privatbeteiligtenanschlusses

besteht darin, dass sich Opfer oftmals ein teures Zivilverfahren ersparen. Selbst im Falle eines Freispruchs trägt der Staat die Kosten des Verfahrens.

### 4. Wann ist eine zivilrechtliche Klage erforderlich?

Sofern die Ansprüche im Strafverfahren nicht oder nicht zur Gänze zugesprochen werden, ist eine zivilrechtliche Klage notwendig. Im Rahmen eines Zivilverfahrens können unterschiedliche Arten von Schäden eingeklagt werden, etwa Schmerzensgeld für körperliche oder psychische Beeinträchtigungen oder Schadenersatz für entwendete oder beschädigte Sachen.

### 5. Werde ich im Strafverfahren mit dem Täter konfrontiert?

Grundsätzlich werden Opfer in Strafprozessen in Anwesenheit des Täters befragt. In bestimmten Fällen kann der Richter den Angeklagten auch während der Vernehmung

eines Zeugen aus dem Saal weisen. Allerdings muss er den Beschuldigten anschließend über die Zeugenangaben informieren. Im Falle von Sexualdelikten kann eine kontradiktorische Vernehmung durchgeführt werden, im Ermittlungsverfahren und in der Hauptverhandlung. Bei Opfer unter 14 Jahren ist das zwingend. Bei einer kontradiktorischen Vernehmung treffen Opfer und Beschuldigte nicht direkt aufeinander, der Zeuge wird in einem Nebenraum einvernommen.

### 6. Welche Rechte habe ich als Opfer?

Wer Opfer eines Verbrechens geworden ist, hat nach der Strafprozessordnung unter anderem ein Recht auf Vertretung, Akteneinsicht, Information, Verständigung über den Fortgang des Strafverfahrens, Übersetzungshilfe, aktive Beteiligung am Ermittlungsverfahren sowie auf Teilnahme an Befundaufnahmen, an kontradiktorischen Vernehmungen und Tatrekonstruktionen. Darüber hinaus können Opfer Fortführungsanträge stellen, wenn die Ermittlungen eingestellt wurden, sie dürfen bei der Hauptverhandlung anwesend sein und sämtliche Beteiligte befragen. Privatbeteiligte haben zudem ein Beweisantragsrecht und ein Recht auf Erhebung eines Rechtsmittels. Zudem können sie die Anklage aufrechterhalten, wenn die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung zurücktritt.

Die Opfer von Verbrechen haben im Strafverfahren viel mehr Rechte, als gemeinhin gedacht wird. BILD: SHOTFOOTIA



## Recht gesprochen



Martin Kind, Univ.-Doz. für Öffentliches Recht, Uni Wien.

## Reiserecht

### Ersatz für entgangene Urlaubsfreude

*Kann man die Rückerstattung des Reisepreises und Schadenersatz für entgangene Urlaubsfreude verlangen, wenn sich am Abflugtag herausstellt, dass die Flugtickets „ungültig“ sind?*

Im konkreten Fall wurde die Umbuchung auf den nächsten Tag vom Reisenden abgelehnt. Das Ersatzangebot sah den Abflug drei Tage später vor. Der Reisende erkrankte jedoch in dieser Zeit, er konnte nicht fliegen. Rechtlich heißt das: Der ursprüngliche Reisevertrag ist als relatives „Fixgeschäft“ wegen der ungültigen Tickets weggefallen. Eine Umbuchung auf den Folgetag war unzumutbar. Damit kam ein neuer Reisevertrag nicht zustande.

## Arbeitsrecht

### Kann über WhatsApp gekündigt werden?

*Ein unterfertigtes Kündigungs-schreiben wurde fotografiert und über WhatsApp dem Betroffenen auf dessen Smartphone übermittelt. Reicht das formalrechtlich?*

Nein. Der Empfänger der Nachricht kann diese nicht ohne weitere Ausstattung und technisches Wissen ausdrucken. Damit ist nicht ausreichend gewährleistet, dass der Empfänger allein aus dem auf dem Smartphone (je nach Qualität und Größe des Displays) ersichtlichen Foto des Schriftstücks dessen Inhalt zuverlässig entnehmen kann.